

Frieden und Sicherheit in Europa: Der Beitrag Österreichs.

Programmwurf der Grünen in Diskussion

Wie müsste eine vorausschauende Friedenspolitik aussehen? Was sind ihre Grundlagen und welche Institutionen können sie realisieren? Welche Rolle spielen die frühzeitige Wahrnehmung von Konflikten sowie präventive Diplomatie? Was könnte eine internationale zivile Gesellschaft dazu beitragen? Welche Formen der Intervention sind denkbar und zielführend? Diese und ähnliche Fragen werden in der Friedensbewegung seit längerem diskutiert. Die auch von Intellektuellen unterstützte Forderung nach einer Militärintervention in Bosnien-Herzegowina, der erneute Rekurs auf die NATO als "Sicherheitsgarant" für Europa, der u.a. in den Beitrittswünschen der osteuropäischen Ländern zu dieser westlichen Militärallianz seinen Ausdruck findet, aber auch das Werben österreichischer Politiker für den EU-Beitritt mit dem Argument der Sicherheit waren dem Friedensbüro Anstoß genug, die öffentliche Debatte über Sicherheits- und Friedenspolitik in unseren Möglichkeiten zu beleben. Aus diesem Grund luden wir alle politischen Parteien ein, mit uns ihre "Sicherheitsprogramme" zu diskutieren. Dazu boten wir an, die wesentlichen Passagen der Programme vorab - sozusagen als Diskussionsgrundlage - im KRANICH zu veröffentlichen. Als erste und bisher einzige Partei haben die Grünen namens ihrer Bildungswerkstatt reagiert. (Die Salzburger ÖVP schickte ihr regionales Sicherheitsprogramm, das aber die Fragen internationaler Sicherheit nicht behandelt).

Der grüne Programmwurf "Frieden und Sicherheit in Europa: Der Beitrag Österreichs" wurde federführend von Lutz Unterseher (Mitglied der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik, Bonn) und Andreas Zumach (Journalist und Experte für Sicherheitspolitik, Genf) erarbeitet und durch "österreichische" Beiträge von Gerold Ecker, Wilfried Graf und Doris-Pollet-Kammerlander ergänzt. Er enthält, aufbauend auf einer aktuellen Einschätzung der Sicherheitslage in Europa, konkrete Ansätze für eine nicht-militärische, präventive Sicherheitspolitik und Vorschläge für die schrittweise Auflösung nationaler Streitkräfte, ohne auf das Mittel militärischen Drucks generell zu verzichten. Die einstige Forderung nach sofortiger Abschaffung des Bundesheeres wurde durch ein mehrstufiges Abrüstungsszenario ersetzt.

Am Dienstag, den 12. April besteht die Möglichkeit, gemeinsam mit NRAbg. Severin Renoldner (angefragt), dem Friedensforscher und wissenschaftlichen Mitarbeiter der Grünen "Wilfried Graf sowie mit VertreterInnen des Friedensbüros die Vorschläge des "Grünen Programmwurfes" zu diskutieren. Wir freuen uns auf rege Teilnahme!

Hans Holzinger

Der Programmwurf in Auszügen

Die Präambel benennt die Notwendigkeit, "umfassende Friedenspolitik, Konfliktprävention und friedliche Streitbeilegung erstmals in der Geschichte als Gesellschafts- und Bildungsaufgabe konkret umzusetzen" v.a. auch "für künftige Friedens- und Versöhnungsarbeit in Osteuropa, auf nachbarschaftlicher, regionaler und kommunaler Basis." Umgekehrt brauche umfassende Friedenspolitik auch Alternativen auf der Ebene "staatlicher Sicherheitspolitik, Außenpolitik und Europapolitik". Der Definition von "positivem" und "negativem" Frieden (Kap. 1)

folgt eine Einschätzung der Risiken und Gefahren im gegenwärtigen Europa, die wesentlich im "ökonomisch-sozialen Gefälle zwischen den reichen Ländern des Westens und den armen Ländern des Ostens bzw. Südostens" und den daraus folgenden politischen Instabilitäten gesehen werden. Der "fragwürdige", aber "integrationsmächtige" Rekurs auf ethnische Legitimationsformeln könne nur mit der Bewältigung der politischen, sozialen und ökonomischen Anpassungsprozesse überwunden werden. Daraus eine potentielle, militärische Bedrohung für Westeuropa abzulei-

ten, wird als neuerlicher Legitimationsversuch der westlichen Streitkräfte und ihrer Militärallianzen kritisiert und abgelehnt. Diese Bedrohungswahrnehmung führe zu neuer Rüstung auf beiden Seiten und verhindere eine "friedliche Entwicklung". Hingewiesen wird auf "anschwellende Wanderungsströme" aus den ärmeren Ländern Osteuropas, denen jedoch nicht mit administrativen und polizeilichen Maßnahmen zu begegnen sei, sondern allein mit "interregionalem Interessenausgleich".

Kap. 3 problematisiert den gegenwärtigen Trend der Hochrüstung von militärischen Interventionspotentialen und die daraus entstehende Statuskonkurrenz: "Tendenziell und partiell verspricht die Verfügung über möglichst stramme Expeditionstruppen den Besitz von Atomwaffen als Garant nationaler Größe abzulösen." Militärische Mittel zur "flankierenden Unterstützung" politischer Maßnahmen und Operationen wie "die Verstärkung der Verteidigung bedrohten Territoriums, der Schutz von Hilfskonvois und Sanktuarien" werden nicht grundsätzlich abgelehnt, das Hauptaugenmerk sei aber auf "nichtmilitärische, präventive Maßnahmen zu legen, die in Kap. 4 erörtert werden. Demokratische Diskurse über sicherheitspolitische Maximen, weitergehende Abrüstung, Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produkte sowie die Überwindung ökonomischer Ungleichheiten werden darin als zentrale Punkte benannt. Der ökonomischen "Zweiteilung Europas" müsse durch "Öffnung des Marktes der EU für osteuropäische Produkte" sowie durch die Reform und ökologische Modernisierung der vorhandenen Produktionsstätten (und nicht durch "Zerschlagung aller wirtschaftlichen Strukturen") entgegengewirkt werden.

Neutraler, auf Vermittlung ausgerichteter Außenpolitik komme nach wie vor große Bedeutung zu: "Krisenwahrnehmung, Beobachtung, Vermittlung, Dialog, Lösungsvorschläge und positive Sanktionierung (beide Konfliktparteien profitieren aufgrund konkreter Hilfsangebote Dritter) sind bedeutende Instrumente neutraler Außenpolitik." Diese